



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der gemeinsame Sitzung der 31. Sitzung
des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport und der 35. Sitzung
des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde
am 16.10.2012, 18:15 Uhr, im Familiengarten Eberswalde,
Tourismuszentrums, großer Saal, Am Alten Walzwerk, 162257 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 12.09.2012
4. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 18.09.2012
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Informationen der/des Vorsitzenden
7. Einwohnerfragestunde
8. Informationen aus der Stadtverwaltung
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohner/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

10. Vorstellung und Diskussion der Handlungsfelder der Sozialstudie und des Verstetigungskonzeptes
(Die Sozialstudie ist unter www.eberswalde.de einsehbar.)
11. Schließung der Sitzung

TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Röder, Vorsitzende des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration, eröffnet die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration (AKSI) und des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport (ABJS) um 18:15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Besonders begrüßt Frau Röder Herrn Landmann, Erster Beigeordneter, und die Baudezernentin Frau Fellner. Frau Fellner nimmt nur kurz an der Sitzung teil, da sie noch einen anderen Termin wahrnimmt. Des Weiteren begrüßt Frau Röder die beiden Amtsleiterinnen Frau Ladewig vom Amt für Bildung, Jugend und Sport und Frau Leuschner vom Stadtentwicklungsamt.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Frau Oehler weist darauf hin, dass Herr Nicky Nerbe als Stadtverordneter ausgeschieden ist und Herr Prof. Johannes Creutziger noch nicht durch die Stadtverordnetenversammlung berufen wurde. Sie wird somit für beide Ausschüsse das Stimmrecht für ihre Fraktion wahrnehmen.

Herr Zinn merkt an, dass die heutige Sitzung eine ordentliche Sitzung ist, die aber in einer gemeinsamen Sitzung stattfindet. Beide Ausschüsse wurden zwar ordentlich eingeladen, er findet es aber nicht gut, dass der Vertreter bzw. der Stellvertreter seiner Fraktion für den Ausschuss Bildung, Jugend und Sport nicht eingeladen wurde.

Frau Röder stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Ausschüsse beschlussfähig sind.

Zu Beginn der Sitzung sind

6 Mitglieder des ABJS und

6 Mitglieder des AKSI anwesend. (Anlage 1)

TOP 3 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 12.09.2012

Frau Büschel, Stadtverordnete, und Herr Banaskiewicz, Stadtverordneter, nehmen ab 18:19 Uhr an der Sitzung teil. (7 Mitglieder des ABJS und 7 Mitglieder des AKSI anwesend).

Frau Röder übergibt das Wort an den stellvertretenden Vorsitzenden des ABJS, Herrn Schumacher, und bittet ihn, die Abstimmung zur Niederschrift vorzunehmen.

Herr Schumacher teilt mit, dass keine schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift der 30. öffentlichen Sitzung des ABJS vom 12.09.2012 vorliegen. Er fragt, ob es mündliche Einwendungen zur Niederschrift gibt.

Herr Zinn regt eine Änderung auf der Seite 5, TOP 9, letzter Absatz, Satz 2 an. Er hat drei verschiedene Aussagen gehört im Ausschuss Bau, Planung und Umwelt, im Finanzausschuss und diesem hier. Bis jetzt ist ihm nicht bekannt, dass es eine Entwurfsplanung gibt. Er bittet um die Streichung des Wortes „**Entwurfsplanung**“, es ist evtl. durch die Worte „**verwaltungsinterne Planung**“ zu ersetzen.

Da keine weiteren Änderungen zur Niederschrift vorgetragen werden, bittet Herr Schumacher die Mitglieder des ABJS, um die Abstimmung der Niederschrift mit der vorgenannten Änderung.

Abstimmungsergebnis: - 2 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen -

TOP 4 Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des Ausschusses für Kultur, Soziales und Integration der Stadt Eberswalde vom 18.09.2012

Frau Röder teilt mit, dass keine schriftlichen Einwendungen gegen die Niederschrift der 34. Sitzung des AKSI vom 18.09.2012 vorliegen. Mündliche Einwendungen werden nicht vorgebracht. Frau Röder bittet die Mitglieder des AKSI, um die Abstimmung der Niederschrift.

Abstimmungsergebnis: - 4 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen -

TOP 5 Feststellung der Tagesordnung

Der Tagesordnung wird **einstimmig zugestimmt**.

TOP 6 Informationen der/des Vorsitzenden

Es gibt keine Informationen durch die Vorsitzende.

TOP 7 Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern.

TOP 8 Informationen aus der Stadtverwaltung

Frau Ladewig gibt folgende Informationen:

1. In der letzten Sitzung wurde auf den Sachverhalt Schwimmunterricht an der Grundschule „Bruno H. Bürgel“ aufmerksam gemacht. An die Mitglieder des ABJS wurde heute vor Sitzungsbeginn die Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes Eberswalde vom 17.09.2012 dazu ausgeteilt.
2. Des Weiteren wurde an die Mitglieder des ABJS ein aktueller Sachstand zur Sportentwicklungskonzeption übergeben.
3. In der Standortleitung der Stiftung des Sozialpädagogischen Instituts Berlin (SPI) hat es einen Personalwechsel gegeben. Frau Rossow, die sich erst im Mai dieses Jahres hier im ABJS vorgestellt hatte, hat die Stiftung verlassen und nimmt ein Studium auf. Herr Zaborowski, der Geschäftsführer des SPI, hat die Verwaltung darüber informiert, dass es demnächst ein entsprechendes Stellenbesetzungsverfahren geben wird.

Herr Landmann gibt folgende Informationen:

1. Herr Zinn hatte eine Anfrage in der letzten Sitzung des ABJS zu dem Verkehrsunfall mit einem Kind in der Potsdamer Allee. Die Verwaltung war aufgefordert, zu prüfen, ob die Beschilderung dort rechtens ist. Die Verkehrsbeschilderung wurde durch die Untere Verkehrsbehörde überprüft. Das gesamte Wohngebiet befindet sich in der 30-Zone. Die Zonenbeschilderung ist aus Sicht der Unteren Verkehrsbehörde ausreichend. In der Potsdamer Allee sind zudem Schilder mit „Achtung, Kinder“ aufgestellt, da sich dort unter anderem auch ein Spielplatz befindet. Die Standorte und Sichtbarkeit der Schilder sind nicht zu bemängeln.
2. Des Weiteren wurde heute an die Mitglieder des AKSI eine Chronologie zu den bisherigen Aktivitäten in Erinnerung an Amadeu Antonio und zu der Diskussion Straßenumbenennung und zum Erinnerungskonzept ausgeteilt. Vor ca. einer Woche wurde an die Mitglieder des AKSI der Entwurf eines Erinnerungskonzeptes übersandt. Die Fraktionen wurden gebeten, sich entsprechend vorzubereiten, damit im November im AKSI und in der Stadtverordnetenversammlung diese Angelegenheit behandelt werden kann.

TOP 9 Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten und sachk. Einwohner/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gemäß Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP und den Beauftragten gem. Hauptsatzung

Herr Zinn hat folgende Anfragen/Anregungen/Hinweise/Bedenken:

1. Im Dezember 2009 war im Amtsblatt der Stadt Eberswalde über die Beantragung des „Eberswalde-Passes“ zu lesen. Da die Beantragung eines solchen Passes nur gering ist und viele auch nicht wissen, dass es diesen gibt, regt Herr Zinn an, sich spätestens im Dezember zu dieser Problematik zu verständigen.
2. Seit ca. vier Wochen ist der Fahrstuhl im Vereinshaus der Wohnungsbaugenossenschaft Eberswalde-Finow (WBG) in der Havellandstraße 15, infolge von Vandalismus von Schüler/-innen, gesperrt bzw. außer Betrieb. Er hat die Behindertenbeauftragte diesbezüglich gebeten, dazu aktiv zu werden.
3. Vor ca. einer Woche fand ein Arbeitsbesuch mit Frau Röder statt. Bei diesem hatte sie nebenbei feststellen können, dass es Probleme bei Asylbewerbern gibt, also bei Schulkindern die jeden Tag von Joachimsthal aus dem Asylantenheim kommen. Er findet die Art und Weise, wie das Schulamt und scheinbar Andere damit agieren, nicht gut. Mittlerweile konnte er in zwei Telefonaten mit der Migrationsbeauftragten erfahren, warum und weshalb die Unterbringung der Asylanten solange gedauert hat. Es ist avisiert, dass aus dem afrikanischen Raum Asylbewerber ins Brandenburgische Viertel (BV) kommen. Um nicht vor vollendete Tatsachen gestellt zu werden und um nicht mit evtl. unliebsamen Reaktionen rechnen zu müssen, sollte schon im Vorfeld sauber und ordentlich gearbeitet werden. Der Ortsvorsteher heißt alle herzlich willkommen, ob aus Somalia, Afghanistan oder anderen Ländern.
4. Gib es Aussichten, dass der Kulturbahnhof Finow nach dem 31.12.2012 als kulturelles Zentrum erhalten bleibt oder wird es zweckentfremdet?
5. Im Einkaufszentrum des BV „Am Heidewald“ sollen jetzt die Besucher für die Benutzung der Toilette 0,50 Cent zahlen. Er bittet die Verwaltung und vielleicht auch die Behindertenbeauftragte, sich vor Ort von dieser Problematik zu überzeugen. Gegebenenfalls sollte das Gespräch mit dem Quartiersmanagement gesucht werden, um gemeinsam eine Lösung zu finden.
6. Im Protokoll des ABJS ist schon missverständlich dargestellt worden, dass es ihm nicht um die Hausaufgabenhilfe ging, sondern um die allgemeine Personalsituation im Hort „Kinderinsel“. Richtig ist, dass der Personalschlüssel rein formal eingehalten wird, aber ein ständiger Wechsel der Mannschaft vorgenommen wird. Für den Hort ist dieser Zustand unerträglich.
7. Aus den Medien hat er erfahren, dass die Stadt Eberswalde mit dem SPI eine Vereinbarung zur Förderung der Jugendarbeit geschlossen hat. Er fragt, ob es möglich ist, dass die Mitglieder des zuständigen Ausschusses eine Kopie der Vereinbarung bekommen könnten.

Herr Landmann beantwortet die Anfragen von Herrn Zinn wie folgt:

- Zu 1) Es ist vorgesehen, dass im Rahmen einer stattfindenden Pressekonferenz, voraussichtlich jetzt am Freitag schon, erneute Informationen über den Eberswalde-Pass gegeben werden.
- Zu 2) Zur Problematik Fahrstuhl im Vereinshaus der Havellandstraße 15 war Frau Bunge schon tätig. Herr Landmann gibt das Wort an Frau Bunge.

Frau Bunge berichtet, nach dem Anruf von Herrn Zinn ist sie sofort in die Havellandstraße 15 gefahren. Bei dem Verein Kontakt e. V. hat sie mit den Besuchern und den Mitarbeiter/-innen gesprochen. Der Fahrstuhl wird dringend benötigt. Am nächsten Tag hat sie Kontakt mit Herrn Gerbert von der WBG aufgenommen, der ihr sagte, dass die Reparatur des Fahrstuhls sehr problematisch ist, weil durch die Kinder solche Schäden entstanden sind, die nicht so einfach zu beheben sind. Herr Gerbert hat versprochen, innerhalb kürzester Zeit den Fahrstuhl reparieren zu lassen.

- Zu 3) In Sachen der Asylbewerber und der Kinder der Asylbewerber ist die Verwaltung schon vor einigen Wochen tätig gewesen. Nachdem die Verwaltung davon Kenntnis hatte, dass verstärkt Asylbewerberfamilien in das BV ziehen werden, hat sie sich entsprechend mit der zuständigen Schulleitung dazu abgestimmt. Das Verfahren, wie die Schüler/-innen an die Schule kommen, ist ausreichend geregelt. Ansonsten gab es von Seiten der Verwaltung auch Gespräche mit der Beauftragten für Migration des Landkreises Barnim. Außerdem erhielt er die Auskunft, dass doch jetzt zeitnah Wohnungen zur Verfügung gestellt werden.
- Zu 4) Zum Kulturbahnhof hat die Verwaltung momentan keine Lösung. Aus städtischer Sicht wird die Verwaltung keinen Kulturbetrieb ab Januar 2013 auf die Beine stellen können.
- Zu 5) Herr Landmann hat die Problematik Toilette im Einkaufszentrum „Am Heidewald“ und warum die Behindertenbeauftragte dort tätig werden soll, nicht so richtig verstanden.

Herr Zinn berichtet, dass er am 06.10.2010 mit der Verwaltungsspitze im Heidewald war. Damals hieß es, dass aufgrund dieser besonderen Situation auch eine Toilette vorgehalten werden muss, die aber formal nicht vorhanden ist. Jetzt gab es wohl eine illegale Lösung mit dem Bistrobetreiber, der sowieso eine Toilette vorhalten muss. Es scheint eine rege Inanspruchnahme zu geben. Jetzt wird man vor die Tatsache gestellt, 0,50 Cent zu bezahlen. Natürlich ist jeder Eigentümer berechtigt, die Höhe festzulegen, ob es sich um eine barrierefrei nutzbare Toilette handelt, kann er nicht einschätzen. Deshalb bittet er die Fachexperten, sich vor Ort die Problematik anzuschauen.

- Zu 6) Die Verwaltung hat bereits mehrfach mitgeteilt, dass das Gerücht einfach nicht stimmt, den Personalschlüssel im Hort „Kinderinsel“ nicht eingehalten zu haben. Herr Landmann gibt das Wort an Frau Ladewig.

Frau Ladewig erklärt zur Personalkontinuität im Hort „Kinderinsel“: Wir haben die Stelle des Jugendsozialarbeiters für das BV besetzt und es hatte sich ein Erzieher aus diesem Hort für diese Stelle erfolgreich beworben. Die freigewordene Stelle im Hort wurde wieder durch einen Erzieher besetzt, der sich leider nicht bewähren konnte. Auf Hinweise der Kita-Leiterin und der Erzieher vor Ort wurde dann die Entscheidung getroffen, diesen jungen Mann nicht einzustellen, sondern sich in der Probezeit von diesem zu verabschieden. Die Verwaltung hat dann für eine Nachfolgerin gesorgt. Eine hundertprozentige Garantie für die Kontinuität eines pädagogischen Teams gibt es nicht, da es die verschiedensten Gründe geben kann (Krankheit, Urlaub, Veränderungswünsche, Eintritt in den Ruhestand, familiäre Situation etc.). Des Weiteren werden in jedem Quartal die Erzieherstunden, also die Betreuungsstunden der Kinder, die wir zu leisten haben, berechnet. Auch da gibt es manchmal Situationen, wo in der einen Einrichtung mehr Stunden benötigt werden, als in einer anderen. In dem besagten Fall gab es eine besondere Situation, die jetzt aber erst einmal geregelt ist.

Herr Zinn ist der Meinung, dass diese Situation nicht geregelt ist. Rein zufällig hat er gestern mit dem Hort-Leiter und mit den Erziehern des Hortes gesprochen. Es gibt viele Eltern die ihm sagen, sie müssen sich ständig an neue Gesichter gewöhnen, was aus seiner Sicht das eigentliche Problem ist. Aufgrund der besonderen Lage warnt er davor, dieses Problem herunter zu spielen, sondern es ernsthafter zu nehmen.

Herr Landmann wirft ein, um sich über die Problematik mehr Klarheit zu verschaffen, wird es in Kürze ein Gespräch vor Ort mit dem Personal des Hortes „Kinderinsel“ geben.

Frau Oehler hat eine Frage zur Kleinen Galerie. Am Wochenende war in der Märkischen Oderzeitung ein Artikel, in dem es um die Vergabe der Ausstellungsplätze für das kommende Jahr ging. Es hatten 60 Bewerbungen vorgelegen, vier von diesen Bewerbungen konnten berücksichtigt werden. Sie fragt, ob das Betreuungskonzept der Kleinen Galerie verändert werden soll und welchen Platz heimische Künstler haben, denn für die war ja eigentlich in der Kleinen Galerie - aus der Geschichte heraus - immer ein Podium, um ihre Kunstwerke dem Eberswalde Publikum auch nahe zu bringen. Inwieweit werden diese in Zukunft berücksichtigt?

Herr Landmann sagt, grundsätzlich am Konzept arbeiten wir momentan nicht. Er denkt, dass einheimische Künstler unter den Bewerbern waren. Soweit ihm bekannt ist, sind von den vier Bewerbern drei aus der Region Berlin/Brandenburg.

Frau Röder ist ebenfalls nicht bekannt, dass an dieser Konzeption etwas verändert wurde. Sie bittet Herrn Landmann, in der nächsten Ausschusssitzung dazu nähere Informationen zu geben.

Herr Herrmann bezieht sich auf die Zeit, als er selbst noch im künstlerischen Bereich mitgewirkt hatte. Auch damals wurde schon darauf geachtet, dass die Künstler eine gewisse Aus-

bildung hatten. Für die vielen Freizeitkünstler gibt es heute eine Vielzahl von Möglichkeiten, ihre Kunst auszustellen. Soweit wie er weiß, wird aktuell auch wieder darauf geachtet.

Frau Röder kann Herrn Herrmann nur beipflichten.

Frau Schostan berichtet über eine Elternkonferenz, die heute in der Kinder- und Jugendakademie stattfand und an der auch sie teilnahm. Es ging dort unter anderem um die sanierte Straße Kupferhammerweg, die jetzt wieder für den Fahrzeugverkehr geöffnet ist. Für die Kinder und Lehrer ist es eine schwierige Situation. Wegen eines Tempolimits hatte sich die Schule bereits an die Verwaltung gewandt, die aber wohl ablehnte. Sie fragt, ob es dazu schon Gespräche gab. Des Weiteren ist vor der Grundschule „Bruno H. Bürgel“ derzeit ein Schild aufgestellt, wo die Geschwindigkeit angezeigt wird. Sie möchte wissen, ob dieses Gerät auch umgesetzt werden kann. Es wäre vielleicht eine Warnung für die Autofahrer, um die Geschwindigkeit runter zu setzen.

Herr Landmann sagt, es besteht schon ein Tempolimit von 30/kmh im Kupferhammerweg. Die Beobachtungen haben ergeben, dass in der Regel dort auch 30 gefahren wird. Zudem gab es vor kurzem ein Gespräch mit Herrn Birk. Unser Blitzerauto hat dort einen Standort.

Frau Schostan meinte nicht das Blitzerauto, sondern dieses „Danke“ Schild, welches immer dann aufleuchtet, wenn ein Fahrzeugführer seine Geschwindigkeit drosselt.

Frau Fellner erklärt, es handelt sich um ein mobiles Gerät, welches die Stadt Eberswalde angeschafft hat. Anregungen, wo das Gerät weiter aufgestellt werden könnte, nimmt die Verwaltung gern entgegen. Mit dem Umbau der Breiten Straße soll im Bereich der Grundschule „Bruno H. Bürgel“ auch das Tempolimit von derzeit 50 km/h auf 30 km/h reduziert werden. Anträge zur Umsetzung des Gerätes sind entweder an sie oder an Frau Köhler vom Bauamt zu stellen.

Herr Landmann fügt hinzu, dass für den Bürgerhaushalt ein Vorschlag vorliegt, noch ein solches Gerät anzuschaffen.

Herr Hampel hat festgestellt, dass die 30 Begrenzung auch zeitbegrenzt ist, also nur früh zwei Stunden und nachmittags zwei Stunden. Er regt an, während der gesamten Schulzeit das Gerät mit Tempolimit 30 einzuschalten, da der Verkehrslärm den ganzen Tag über stört.

Herr Landmann nimmt die Anregung mit auf.

Frau Frey hat eine Anfrage zum Fußgängerüberweg an der Bushaltestelle Forsthaus in Finow. Es ist doch richtig, dass die Verwaltung einen Antrag stellt auf Rückbau der Ampelanlage zwischen der Aral Tankstelle und ehemals Aldi. Sie regt an, diese Ampel am Fußgän-

gerüberweg Forsthaus wieder aufzustellen, da dort sehr viele alte Menschen, Kinder und Menschen mit Behinderungen die Straße überqueren.

Frau Röder bittet Frau Fellner diese Anregung mitzunehmen, da dies hier nicht der zuständige Ausschuss ist.

Frau Fellner nimmt die Anregung gern mit. Sie macht darauf aufmerksam, dass es sich um eine Bundesstraße handelt, die vom Landesbetrieb betreut wird. Sie ist sich sehr sicher, wenn die Verwaltung für dort einen Antrag auf Umsetzung der Ampel stellt, wird dies vom Landesbetrieb wahrscheinlich abgelehnt werden.

TOP 10 Vorstellung und Diskussion der Handlungsfelder der Sozialstudie und des Verstetigungskonzeptes (Die Sozialstudie ist unter www.eberswalde.de einsehbar.)

Frau Röder bittet um die Vorstellung der Powerpoint-Präsentation.

Frau Leuschner, Leiterin des Stadtentwicklungsamtes, erklärt, warum die Präsentation eine gemeinsame Präsentation mit Frau Ladewig, Leiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Sport, sein wird. Unter anderem sollen heute die Inhalte der Sozialstudie und des Verstetigungskonzeptes für das Brandenburgische Viertel (BV) vorgestellt werden. Insbesondere wollen sie die Handlungsfelder, die Ergebnisse und Schlussfolgerungen, die die Stadt aus der Erstellung der Sozialstudie und auch des Verstetigungskonzeptes gezogen hat, vorstellen. Die Teilung der Präsentation ist deshalb, weil das BV im Rahmen eines Förderprogramms „Soziale Stadt“ seit längerem unterstützt wird und diese Art Förderprogramme sind im Stadtentwicklungsamt angesiedelt. Außerdem sind es Städtebauförderprogramme, die über lange Jahre laufen und konzeptionell begleitet werden. Es gibt natürlich auch viele Einzelprojekte aus diesem Programm „Soziale Stadt“, die in der letzten Zeit und von der Zuständigkeit her immer mehr auch durch das Amt für Bildung, Jugend und Sport umgesetzt werden. Unter anderem wurde auch von diesem Amt die Sozialstudie im Auftrag gegeben. Frau Leuschner stellt zunächst in der Powerpoint-Präsentation die Einordnung der Sozialstudie und des Verstetigungskonzeptes in die verschiedenen Stadtentwicklungskonzeptionen vor. Anschließend macht Frau Ladewig ihre Ausführungen zur Sozialstudie.

Frau Röder bedankt sich bei Frau Leuschner und Frau Ladewig für die umfangreiche Darstellung der Präsentation, die sie als sehr gut empfunden hat und ihr einen guten Blick auf das BV gegeben hat.

Herr Landmann erklärt, es gab in den letzten Jahren immer wieder Zweifel am BV. Er sagt das so deutlich, weil auch ganz deutlich Zweifel geäußert wurden, ob wir dieses Viertel dieser Stadt brauchen. Wie in der Darstellung erläutert, brauchen wir dieses Viertel aus verschiedensten Gesichtspunkten heraus. Allein schon aus dem Problem heraus, unsere Be-

völkerung mit sozialem Wohnraum zu versorgen. Frau Leuschner hatte bereits angedeutet, dass wir gerne in eine Diskussion zu diesem Verstetigungskonzept kommen wollen. Ganz besonders möchte die Verwaltung die Zustimmung von den Ausschussmitgliedern haben, dass die Stadt sich dafür einsetzt, um einerseits Förderprogramme zu verlängern, aber eben auch diese Gebietsförderkulisse im BV weiterhin als Status zu haben, um an andere Förderprogramme andocken zu können. Dazu möchte die Verwaltung auch einen politischen Beschluss. Es sollte daher die gesamte Problematik in den Fraktionen diskutiert werden. Für Hinweise, Ergänzungen usw. wäre die Verwaltung dankbar. Die Powerpoint-Präsentation wird umgehend zur Verfügung gestellt. (Die Powerpoint-Präsentation wurde am 18.10.2012 per Post an alle Ausschussmitglieder gesandt.)

Herr Zinn erinnert an die Aufgabenkritik, die mit großer Mehrheit beschlossen wurde und in der das BV als Randgebiet bezeichnet wird. Er fragt sich, wie wir Möglichkeiten und Voraussetzungen schaffen können, um intensiver ins Gespräch zu kommen, auch mit der eigenen Mannschaft und mit den Vereinen des BV, denn seiner Meinung nach sind hier manche Dinge gesagt worden, die einfach nicht der Realität entsprechen. Er schlägt daher vor, spätestens im ersten Halbjahr eine intensive Diskussion zu führen, natürlich unter Berücksichtigung, wer sich ab 01.01.2013 für das Programm „Soziale Stadt“ verantwortlich fühlt. Des Weiteren hat er in der Vergangenheit mehrfach angeregt, Kompatibilität mit dem Lebenslagenbericht des Landkreises Barnim herzustellen, der mittlerweile seit 01. Juli 2012 auf dem Markt ist. Was die Frage der Beschlussfassung für das Programm „Soziale Stadt“ betrifft, glaubt er, dass der Generalbeschluss schon gefasst wurde. Die Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“ würde er sofort beschließen. Er würde das Programm aber öffnen, auch für andere Orts- und Stadtteile, die noch nicht so eine gute Infrastruktur haben. Besser wäre vielleicht auch vom Programm „Soziale Stadt Eberswalde“ zu sprechen, als vom Programm „Soziale Stadt Brandenburgisches Viertel“. Zur Sozialstudie und zum Verstetigungskonzept wurden klare Dinge aufgezeigt, mit denen wir jetzt verantwortungsvoll umgehen sollten. Außerdem sollte mit dem Landkreis Barnim zur Frage Fördermaßnahmen Kontinuität hergestellt werden, da auch dieser in der Verantwortung steht.

Herr Landmann hat die kritischen Ausführungen von Herrn Zinn zur Kenntnis genommen. Die Anregung, sich vielleicht mit dem Landkreis Barnim zu vernetzen, findet er persönlich interessant. Die Verwaltung wird dazu entsprechende Gespräche führen.

Frau Röder denkt, das Ergebnis der Studie hat alle nicht zu sehr überrascht. Es haben sicherlich einige Zahlen in ihrer Höhe überrascht, also in negativer Höhe, was die Arbeitslosigkeit etc. betrifft. Diese ist gegenüber den anderen Stadtteilen sehr hoch. Es sollte versucht werden, das Verstetigungskonzept oder auch das Anliegen der Verwaltung, welches unser aller Anliegen sein sollte, die Förderkulisse „Soziale Stadt“ so lange wie möglich aufrecht zu erhalten, unterstützt werden. Auch deshalb, weil sich aus der Studie ergeben hat, dass sehr viel Geld in investive Maßnahmen geflossen ist. In Frau Leuschners Vortrag trat sehr hervor, dass jetzt finanzielle Mittel für kleinteilige Projekte benötigt werden. Unbedingt sollte auch

das Quartiersmanagement erhalten und wenn möglich, mit qualifiziertem Personal aufgestockt werden. Um z. B. einen höheren Zulauf bei den Vereinen zu haben, könnte sich dieses zusätzliche Personal, dann um die Anleitung der Vereine kümmern. Frau Röder denkt, dass diese Sachen durch den Ausschuss Unterstützung finden sollte. Die Fraktionen sollten jetzt über das Konzept diskutieren und ihre Anregungen und Hinweise den Ämtern mitteilen, damit diese in das Konzept mit einfließen können.

Frau Oehler wurde beim Lesen der Sozialstudie und des Verstetigungskonzeptes negativ berührt, weil trotz der erheblichen Mittel und Fördermöglichkeiten, die in den letzten Jahren für dieses Wohngebiet zur Verfügung standen, die Wahrnehmung und das Image dieses Viertels schlechter geworden sind. Ihrer Auffassung nach reichen weder Grünflächengestaltungen, Wohnumfeldverbesserungen, noch irgendwelche Freizeitaktivitäten alleine aus, um das Viertel attraktiver zu machen. Wenn man sich dem BV nachhaltig widmen möchte, muss dringend etwas für das Image getan werden, sowohl bei der Innenansicht, als auch bei der Außenansicht des Viertels. Frau Oehler findet ein Verstetigungskonzept gut und schön, wenn sie aber innerhalb aller ihrer Möglichkeiten, die sie in der Stadt Eberswalde als Stadtverordnete hat oder als Verwaltung entscheiden will, muss sie auch wissen, wie viel Geld evtl. notwendig ist, um einen gewissen finanziellen Rahmen abzustecken.

Herr Landmann erklärt, dass bereits im Vortrag dargelegt wurde, mehr für das Image des Viertels zu tun und welche Ursachen die Verwaltung darin sieht. Es sollten auch bestimmte Probleme dort nicht dramatisiert werden, wie es z. B. mit der Kriminalität im Viertel passiert ist.

Herr Zinn hat folgende Anliegen:

1. Er bittet darum, da die Präsentation für ihn eine wichtige Diskussionsgrundlage ist, diese bis morgen auf seinem Rechner zu haben.
2. Er möchte darauf hinweisen, dass er bereits eine umfangreiche Stellungnahme zum ersten Verstetigungskonzept an die Verwaltung eingereicht hatte, die hier aber überhaupt keine Berücksichtigung fand. Dies ist eine große Missachtung des kommunalen Ehrenamtes.
3. Zur weiteren Verfahrensweise würde er dringend empfehlen, sich mit dem Ausschuss Bau, Planung und Umwelt zu den ganzen Fragen der Wohnungsunternehmen, des Stadtumbaus, des Wohnungsabrisses, der Versorgungssituation usw. zu verständigen.
4. Was die Kriminalität im BV betrifft, muss er Herrn Landmann leicht widersprechen. Es argumentiert keiner, dass das BV kriminalitätsführend ist. Sie hatten aber in der letzten Zeit mit zwei intensiven Problemen zu tun gehabt, was öffentlich thematisiert worden ist. Aus seiner Sicht muss das BV differenziert betrachtet werden. Im Übrigen hat er auch keine Aussage zum Image am und um den Potsdamer Platz gefunden.

Herr Landmann berichtet zu Punkt 3, dass noch vor der Sommerpause alle drei Ausschussvorsitzenden Frau Röder, Herr Hoeck und Herr Sachse eingeladen wurden und es wurde

darüber debattiert, wie dieses Thema behandelt werden sollte. Zum einen wurde gesagt, dass die Wohnraumexpertise wahrscheinlich noch nicht fertiggestellt ist, die aber für eine fundierte Diskussion im ABPU benötigt wird. Zum zweiten hatte Herr Sachse damals gesagt, es wäre besser, wenn erst einmal diese beiden Ausschüsse separat tagen, um die Fülle der Anfragen/Anregungen usw. besser diskutieren zu können. Des Weiteren war mit Herrn Sachse vereinbart, dass die Diskussionen ja weitergehen, also die ganzen Fragen der Wohnraumsituation in der gesamten Stadt Eberswalde usw.

Herr Herrmann wohnt zwar nicht im BV, er war aber bei seinem letzten Besuch erstaunt darüber, was dort alles passiert ist und wie vielseitig das BV ist. Seiner Meinung nach stimmt es, dass das BV nach außen hin nicht richtig präsentiert wird, auch von der Bewohnerschaft her. Trotzdem gibt es andere Stadtteile, die nicht einmal annähernd solche Möglichkeiten haben, wie sie im BV vorhanden sind. Unter anderem gibt es Kinder und Jugendliche aus Stadtmitte, die in das BV fahren zur Skatebahn oder zum Jugendclub. Außerdem findet er, dass es inzwischen ein schönes Viertel geworden ist, wobei es aber noch Ecken gibt, die weniger schön sind. Grundsätzlich geht es beim Verstärkungskonzept darum, dass wir es einerseits wollen und andererseits, wie wir zukünftig Geld anfassen müssen, um dann das Förderprogramm mit zu tragen. Er ist dafür, das Förderprogramm weiter zu unterstützen, es sollten aber niemals alle anderen Stadtteile aus den Augen verloren werden.

Frau Röder fragt, ob die Verwaltung sagen kann, wie viel Geld angefasst werden müsste.

Frau Leuschner erklärt, wir müssen jetzt bedenken, an welcher Stelle wir uns hier befinden. Wir haben Überlegungen, ein Verstärkungskonzept auf Basis dieser Sozialstudie gemacht, und wir befinden uns jetzt an der Stelle, dass wir die Probleme erörtert haben und Lösungsvorschläge gebracht haben. Bevor wir zu Maßnahmen kommen und dann überlegen, was diese auch kosten ist es natürlich erforderlich, dies mit den Ausschussmitgliedern zu diskutieren, ob die Ausrichtung der Handlungsweise so korrekt ist. Der zweite Grund ist, wir wollen keine investiven Maßnahmen mehr im BV fördern, also keine Gebäude oder größeren Anlagen mehr. Das heißt, es wird sich im Wesentlichen nur noch auf die Förderung von kleinteiligen Maßnahmen - soziokulturelle Kleinprojekte - beschränkt.

Herr Zaumseil denkt auch, das BV ist nicht allein mit finanziellen Mitteln am Leben zu erhalten und das Image kann dadurch auch nicht nachhaltig verbessert werden. Wie schon erwähnt, sollte man mit den Menschen in Kontakt treten. Er selbst wohnt seit drei Jahren im BV und besucht fast jede Veranstaltung dort. Die Veranstaltungen sind sehr gut besucht, außer von Bewohnern. Dasselbe trifft wahrscheinlich auch auf die Vereine zu, die kennen sich untereinander selbst nicht mal.

Herr Landmann sagt, gerade deshalb haben wir dies in der Präsentation ausgeführt und es für notwendig erachtet, im Quartiersmanagement, die Kommunikation und Vernetzung zu befördern, um genau diese Effekte zu aktivieren. Zu den Summen kann er nur sagen, sie

sind schlecht bezifferbar, weil wir neben den Soziale-Stadt-Mitteln ja auch andere Fördermöglichkeiten in der Stadt, beim Land usw. haben und natürlich auch andere Maßnahmen aus anderen Programmen und eigenen Fördermittelrichtlinien der Stadt gefördert werden. Es hängt von der Aktivität der Vereine und Einrichtungen im BV - auch von der Bürgerschaft - ab.

Frau Oehler bezieht sich auf die Tabelle der Seite 32, wo die eigentlichen Schlüsselprojekte aufgelistet sind. Dort hat sie festgestellt, bis auf das Bürgerzentrum, dass alles mehr oder weniger wacklig ist. Sie würde schon gerne wissen, wie man diese Seite in eine Größenordnung fassen kann.

Herr Zinn findet, es ist genau das Problem. Wer sich mit den Trägern unterhält, bekommt mit, dass in der Regel alle zu 90 Prozent an Förderstrukturen der Bundesagentur für Arbeit, des Jobcenters Barnim, gebunden sind. Wenn wir vorsorgend Kinder- und Sozialarbeit machen, dann wollen wir es qualitativ gut machen, was bitter notwendig ist, denn viele Familien wissen nicht einmal, welche Angebote es im Viertel gibt.

Frau Röder nimmt Bezug auf den Potsdamer Platz, der vorhin bereits angesprochen wurde. Es sollten unbedingt Projekte initiiert werden mit dem Ziel, den betreffenden Bürgerinnen und Bürgern eine Perspektive zu eröffnen.

Frau Röder beendet die Diskussionsrunde und bittet die Ausschussmitglieder, die Thematik in ihren Fraktionen zu diskutieren und eine entsprechende Stellungnahme an die Verwaltung zu geben.

Frau Oehler schlägt vor, einen Zeitplan anzugeben, damit die Fraktionen rechtzeitig ihre Hinweise an die Verwaltung geben können.

Herr Landmann schlägt vor, die Zuarbeiten der Fraktionen sollten **bitte bis Mitte November** an die jeweiligen Fachämter gegeben werden. Die geplante Vorlage wird dann selbstverständlich zu einem späteren Zeitpunkt kommen.

Herr Zinn fragt, ob die Vorlage wieder ein Entwurf sein wird oder dann die Endfassung ist.

Herr Landmann äußert, es ist die Endfassung des Entwurfes, da evtl. noch Hinweise von den Fraktionen einzuarbeiten sind.

Herr Zinn verweist auf seine erste Stellungnahme zum Entwurf, die bereits in allen Ämter, Dezernaten usw. vorliegt. Er bittet darum, dass diese Stellungnahme zum Protokoll beigefügt wird (Anlage 2). Dies schließt nicht aus, dass der Ortsvorsteher aus den heute dargelegten Erkenntnissen eine erneute Stellungnahme fasst.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Frau Röder schließt die Sitzung um 20:13 Uhr.

Angelika Röder
Vorsitzende des
Ausschusses für Kultur,
Soziales und Integration

Günter Schumacher
Stellv. Vorsitzender
des Ausschusses für
Bildung, Jugend und Sport

Berg
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzende:**
Angelika Röder

- **Stellvertreter der Vorsitzenden:**

Günter Schumacher

- **Ausschussmitglied:**
Frank Banaskiewicz
Dr. med. Christel Brauns entschuldigt
Sabine Büschel
Torsten Duckert entschuldigt
Eckhard Hampel
Ronny Hartmann
Götz Herrmann
Martin Hoeck entschuldigt
Karen Oehler
Hans Pieper
Dr. Ilona Pischel entschuldigt
Monique Schostan
Carsten Zinn

- **sachkundige Einwohner/innen:**
Stefan Ansorg
Anja Bunge entschuldigt
Birgit Debernitz unentschuldigt
Ute Frey
Kerstin Hildebrand entschuldigt
Edeltraud Jubi unentschuldigt
Madlen Karbe unentschuldigt
Dr. Elvira Kirschstein
Elke Lewerenz
Udo Muszynski
Marita Papenfuß unentschuldigt
Ingo Rätz unentschuldigt
Renate Scholz
Axel Siekmann
Frank Techen entschuldigt
Thomas Walther
Horst Weingart
Ulrich Wessollek
Jörg Zaumseil

- **Dezernent/in:**
Anne Fellner
Lutz Landmann

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung:**

Fiona May Benfer
Heiner Roedel
Stefan Schmiedel

- **Beauftragte gemäß Hauptsatzung:**
Barbara Bunge

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen:**
Kerstin Ladewig
Silke Leuschner
Burkhard Jungnickel
Rainer Pförtner